

Deutschland: Staatsanwalt klagt homophoben EKD-Pastor an

Die homophoben Ausbrüche des evangelischen Pastors Olaf Latzel haben jetzt strafrechtliche Konsequenzen: Die Staatsanwaltschaft wirft dem Bremer Pastor vor, "zum Hass gegen Menschen" aufzustacheln.

Die Staatsanwaltschaft Bremen hat am Donnerstag laut dem RB-Regionalmagazin "buten un binnen" mitgeteilt, Anklage gegen den homophoben evangelischen Pastor Olaf Latzel erhoben zu haben. Dem 53-Jährigen wird vorgeworfen, bei einem Eheseminar im Oktober 2019 volksverhetzende Äusserungen gegen sexuelle Minderheiten von sich gegeben zu haben. Das Seminar wurde auch als Audiodatei auf Youtube veröffentlicht und konnte dort monatelang abgerufen werden.



Latzel bezeichne laut Staatsanwaltschaft Homosexuelle "generalisierend als Verbrecher und die Homosexualität als Degenerationsform der Gesellschaft". Diese Äusserungen seien als volksverhetzend zu bewerten, da "mit ihnen in einer Art, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, zum Hass gegen Menschen als Teil der Bevölkerung aufgestachelt wird, die in Bezug auf ihre Geschlechtsidentität und/oder sexuelle Orientierung von der angeblich allein richtigen zweigeschlechtlichen und heterosexuellen Norm abweichen", erklärte die Staatsanwaltschaft, die bereits Ende April Ermittlungen eingeleitet hatte. Auf Volksverhetzung steht nach Absatz 2 des Paragraphen 130 im Strafgesetzbuch bis zu drei Jahre Haft oder eine Geldstrafe.

Latzel: "Gelebte Homosexualität" ist todeswürdig

In dem 100-minütigen auf Youtube mittlerweile gelöschten Vortrag bezeichnete Latzel an unterschiedlichen Stellen die "Homo-Lobby" und den "ganzen Genderdreck" als "teuflisch". CSD-Besucher*innen seien "Verbrecher" und "gelebte Homosexualität" sei "vor Gott ein Gräuel" sowie "todeswürdig". Die Anerkennung von Transsexualität zerstöre ferner "unsere gesamte Zivilisation und Kultur". Schuld an all diesen Entwicklungen sei die "zunehmende Gottlosigkeit". Latzel kritisierte auch, dass Kinder an Schulen von queeren Themen "durchlöchert" werden würden.

Bereits Mitte Mai hatte der Kirchenausschuss der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK) einstimmig beschlossen, ein Disziplinarverfahren gegen Olaf Latzel einzuleiten. Die Gemeinde St. Martini verteidigte jedoch den Hassprediger. Der Gemeindevorstand erklärte, er habe nur die "biblische Wahrheit" über Homosexuelle verbreitet – nämlich, dass Schwule und Lesben "verloren für Zeit und Ewigkeit" seien.

Kirchengemeinde steht hinter Latzel

St.-Martini-Bauherr Michael Franke erklärte am Mittwoch in einer live auf Youtube übertragenen Rede in der Martinikirche, dass eine Bibelstunde aufgrund einer einstweiligen Verfügung der Landeskirche nicht mit Latzel abgehalten werden könne. Er bezeichnete dies als "unbegreiflichen Vorgang" und kündigte für Sonntag eine Erklärung des Kirchenvorstandes an. Die Landeskirche teilte ausserdem mit, dass Latzel für Freitag erneut zu einem Dienstgespräch geladen worden sei.

Die Hetze Latzels hatte innerhalb der gesamten evangelischen Kirche zu scharfer Kritik geführt. EKD-Chef Heinrich Bedford-Strohm nannte die Äusserungen des Pfarrers etwa "unerträglich".

Latzel ist Chef einer von 61 Kirchengemeinden der Bremischen Evangelischen Kirche. Er war bereits wiederholt wegen Ausbrüchen gegen Homosexuelle oder Angehörige anderer Religionen aufgefallen. In der Vergangenheit bot er etwa das Homo-"Heiler"-Seminar "Homosexualität verstehen – Chance zur Veränderung" an.

Nachtrag: Sechs Wochen Urlaub für Latzel

Der homophobe Pastor erhält zunächst kein Predigtverbot, sondern wird von der Kirche erst mal in einen sechswöchigen Urlaub geschickt.

Die Bremische Evangelische Kirche und ihr umstrittener Pastor Olaf Latzel haben sich laut dem RB-Regionalmagazin "buten un binnen" in einem Dienstgespräch am Freitagvormittag darauf geeinigt, dass Latzel sechs Wochen in Urlaub gehen wird – vom 9. Juli bis 24. August. Damit ist er formal bis Donnerstag noch im Dienst. Die Kirche teilte aber mit, dass Latzel am Sonntag keine Predigt halten werde. Ein Predigtverbot sei aber zunächst nicht gegen den Pfarrer der St. Martini-Gemeinde erlassen worden.

"Der Tatvorwurf und die Klage sind schwerwiegend", so der Schriftführer der Kirchenleitung, Pastor Bernd Kuschnerus. Pastorinnen und Pastoren trügen durch ihr Amt eine besondere Verantwortung und müssten sich an geltendes Gesetz halten. "Dass Äusserungen eines Pastors Anlass zu einer Anklage wegen Volksverhetzung gegeben haben, erschüttert mich zutiefst", so Kuschnerus weiter. Mitte August, also kurz vor dem Ende von Latzels Urlaub, werde man erneut in einem Dienstgespräch über die Lage reden, so die Landeskirche.

queer.de / 2.7.2020 und 3.7.2020